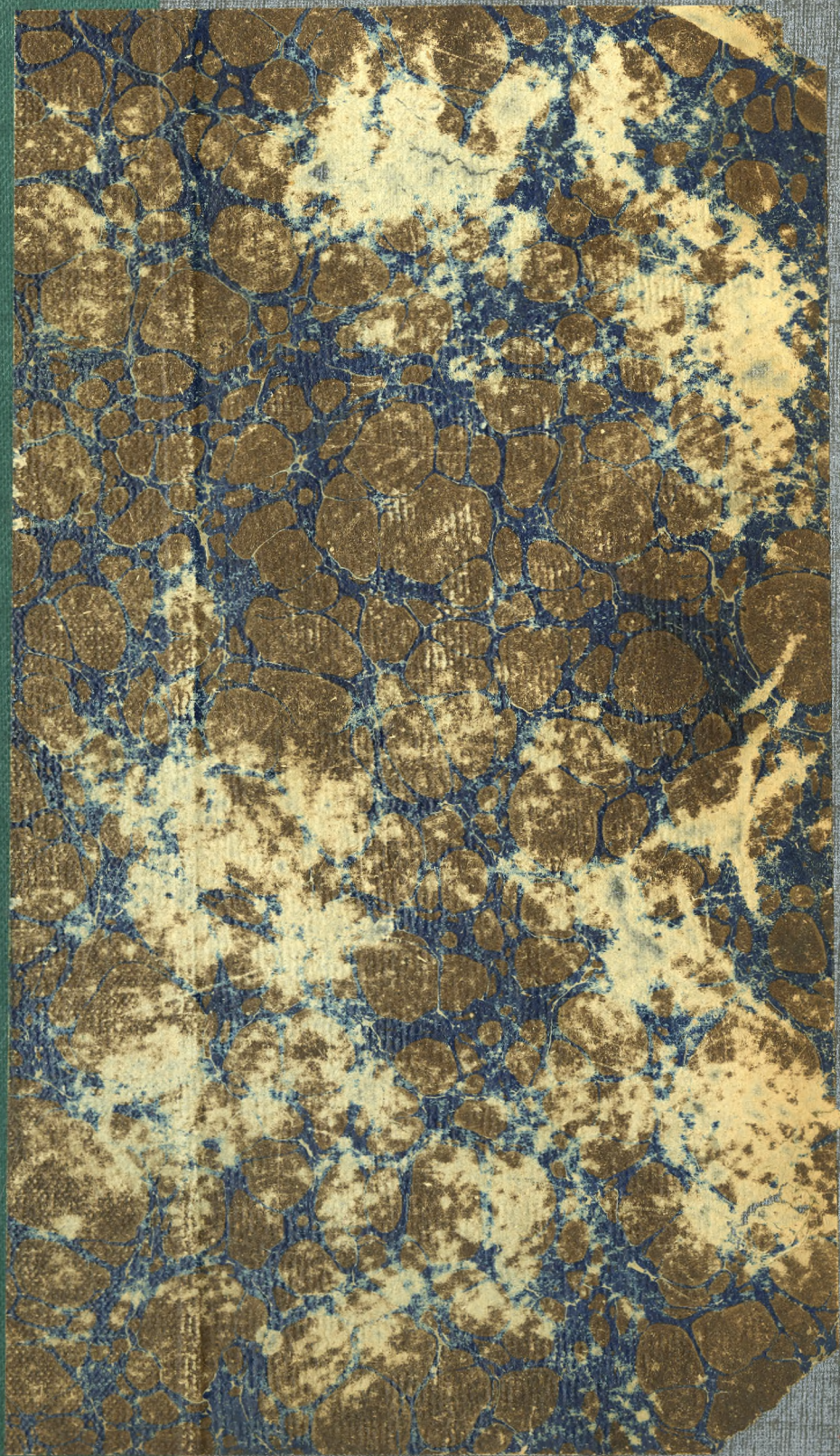


Politikai
röpiratok.

143.



143

1265

Rechenschafts-Bericht

des

Reichstagsabgeordneten

Emil von Trausenfels

im Juli 1878.

15.

Kronstadt,

Buchdruckerei von Johann Götts & Sohn Heinrich.

1878.

Handwritten title or header, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Handwritten text, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Handwritten text, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Handwritten text, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Handwritten text, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Handwritten text, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Handwritten text, possibly "Hilf mir zu verstehen".

Geehrte Wähler!

Die Pflicht der Rechenschaftslegung über das durch Ihr werthes Vertrauen mir anvertraute Mandat, war für mich noch niemals eine so willkommene als im gegenwärtigen Falle. Ich begrüße diese Veranlassung nicht nur vom Standpunkt der Pflicht, sondern auch von dem des Rechtes, der freien Meinungsäußerung als eine sehnlich erwartete. Trotzdem habe ich eigentlich im Sinne eines Rechenschafts-Berichtes, also eines Berichtes über vollzogene Handlungen wenig zu sagen. Sie wissen, daß beiläufig das erste Drittel der Mandatsdauer ausgefüllt war mit den Kämpfen zur Vertheidigung unserer staatsrechtlichen Stellung. Sie wissen, daß ich meine Stellung in diesen Kämpfen sehr ernst aufgefaßt und demgemäß auch durchgeführt habe. Ja, Sie selbst haben es an Verweisen des Vertrauens und der Anerkennung für meine Haltung in diesem Zeitraume so wenig fehlen lassen, daß eine weitere Rechenschaftslegung darüber als überflüssig entfällt. Meine seitherige Wirksamkeit aber war eine so schweigsame, daß sich im Sinne einer parlamentarischen Thätigkeit abermals wenig darüber berichten ließe. Dennoch war eben dieser letztere Abschnitt der weitaus schwierigere; und wenn auch schweigsam in den Räumen des Abgeordnetenhauses, habe ich ihn doch keineswegs inaktiv verbracht. Ich war bestrebt, unsere Stellung aufzufassen im Zusammenhange mit den großen Ereignissen, deren Zeugen wir Alle waren. Und ich war bestrebt, im Klub, dem ich angehörte, in diesem Sinne zu wirken.

Das beste, was ich darüber zu berichten weiß, beschränkt sich auf eine objektive Zusammenfassung der hiebei gemachten Erfahrungen und des daraus abgeleiteten Urtheils. Zur Aeußerung darüber fühlte ich mich veranlaßt, zuerst im Kreise der gemeinsamen Versammlung in Hermannstadt, nunmehr aber vor Ihnen, meinen geehrten Wählern. Ich halte es für angemessen, meine Meinungsäußerung in derselben

Form, wie ich sie der Hermannstädter Versammlung vorgetragen habe, auch Ihnen zur Beurtheilung vorzulegen. Denn es ist einerseits schwierig, denselben Gegenstand zur selben Zeit in verschiedener Form zu behandeln. Und dann wollte ich auch den Verdacht vermeiden, als habe ich es nöthig gehabt, in der geschlossenen Versammlung des Zentral-Ausschusses anders zu sprechen, als es selbst die Publizität einer Wählerversammlung erfordert. Nur Weniges will ich noch am Schlusse hinzufügen zu dem in der Hermannstädter Versammlung gehaltenen Vortrag, den ich hiemit Ihrer Beurtheilung vorlege. Er lautet wie folgt. —

„Geehrten Freunde! Die Frage, über die ich mich auszusprechen wünsche, bildet in jenen Kreisen unseres Volkes, denen das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten noch nicht abhanden gekommen ist, schon seit geraumer Zeit den Gegenstand lebhafter Erörterung, aber auch lebhafter Meinungsverschiedenheit. Es ist die Frage der Parteistellung im Staatsleben, nämlich ob Aufrechthaltung der bisherigen gesonderten Stellung unserer Reichstagsabgeordneten oder Anschluß an eine der Landesparteien? und wenn das Letztere, dann an welche? unter welchen Bedingungen? und was damit weiter im Zusammenhange steht. Nach vielseitiger Erörterung, zu der ich — gebunden durch die übernommenen Pflichten allerdings nur im Privatverkehr — bereits vor Jahresfrist den Anstoß gegeben hatte, ist die Frage nunmehr eine akute geworden. Ich hätte gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, vor dem gegenwärtigen Moment darüber schlüssig zu werden. Denn am Ende einer bewegten Reichstagsperiode, unmittelbar vor den Neuwahlen, ist zwar die Entschließung nunmehr eine nothwendige, zugleich aber durch die naturgemäße Steigerung der Erregtheit auch eine schwierigerere.

Erlauben Sie mir, daß ich, mit Rücksicht auf diesen Umstand der Mahnung eines Amerikaners gedenke, welche dieser aus Anlaß der letzten Präsidentschafts-Wahl und der damit auftauchenden politischen Fragen, zur Zeit der größten Aufregung an seine Landsleute richtete, deren heilsame Einwirkung ich aber auch an mir selbst erprobt habe: „Der eigentliche charakteristische Zug des angelsächsischen Politikers“ — sagt der amerikanische Publizist — „ist seine Bereitwilligkeit, eine Meinungsverschiedenheit als vereinbar mit der Reinheit der Motive zu betrachten und politische Gegner als vernünftige, ehrenwerthe Menschen zu behandeln, deren Ansichten durch Beweisgründe beeinflusst oder geändert werden können. Glaube an die allgemeine Ehrlichkeit und an eine allgemeine Vernünftigkeit dürfen füglich als die Grundlage des amerikanischen Regierungssystems gelten. Jeder Einfluß, der dahin strebt, diesen Glauben zu schwächen und das Volk zu lehren, daß politische Gegner unvernünftig oder unanständig sind, ist mexikanisch oder französisch, unter keinen Umständen amerikanisch, unbedingt aber dem konstitutionellen Staatsleben feindlich.“

Es mag dahin gestellt bleiben, ob diese heilsame Doktrin bei den Amerikanern bereits ihre volle Verwirklichung im Leben gefunden hat. Ich aber bin, im Bewußtsein der Wichtigkeit, die ich dem Resultat unserer Berathungen beilege, meinerseits entschlossen, dem von jenseits der Atlantis heraufbeschworenen Geiste Folge zu leisten, also auch von den Vertretern der Gegenmeinung ein Gleiches vorauszusetzen. — Hanc veniam damus — pettimusque vicissem!

Wie groß und lebhaft in der letzten Zeit der Gegensatz der Meinungen hervorgetreten sein mag — darin stimmen Sie gewiß alle überein, daß dieser Gegensatz nicht zum Bruch führen dürfe. Denn ich halte fest an der Ueberzeugung, daß Sie alle, geehrte Freunde, die vor Jahren in feierlicher Stunde zu gemeinsamem Wirken zusammen getreten waren, niemals fehlen dürften in einem Verbande, welcher darauf Anspruch machen soll, die besten Männer unseres Volkes zu vereinigen. Das ist Ausschlag gebend! Denn was auch für Theorien entwickelt werden mögen über die geeignetste Methode, wie das Gedeihen eines Volkes zu fördern sei — als die wesentlichste Grundlage solchen Gedeihens erscheint mir das thatkräftige Zusammenstehen seiner besten Männer und deren Zusammenwirken mit den breiten Schichten des Volkes.

Der Gegensatz der Meinungen darf daher nicht gesteigert — er muß vielmehr gemildert, oder auf solche Grenzen beschränkt werden, daß die Möglichkeit ferneren Zusammenwirkens dadurch nicht ausgeschlossen werde. Ich bin überzeugt, daß die bestehende Meinungsverschiedenheit bei genauer Prüfung die bisher gewonnenen und bewährten Grundlagen unserer gemeinsamen Wirksamkeit unberührt läßt. Ich bin überzeugt, daß diese Meinungsverschiedenheit eine Grenze finden muß dort, wo ein vitales Interesse unseres Volkes eine solche erfordert. Ich halte fest an dem Glauben, daß eine auf solche Grenzen beschränkte, zugleich aber in solchen Grenzen gestattete Meinungsverschiedenheit die Erfolge unserer Wirksamkeit kräftigen wird durch den Spielraum, den sie der Individualität einräumt.

Es verlohnt sich daher wohl der Mühe, diese Grenze zu suchen. Vor allen Dingen aber handelt es sich darum, den Ursprung und Charakter der heutigen Meinungsverschiedenheit zu erkennen. Denn wir Alle wissen ja, daß es eine Zeit gab, wo von Meinungsverschiedenheit in unserm Kreise nicht die Rede sein konnte. Das war der Zeitraum, der mit der erkannten Unmöglichkeit einer Transaktion über unsere staatsrechtliche Stellung begann und mit der Sanktion des Ge-

sehes über den Königsboden seinen Abschluß fand. Ich sage von der erkannten Unmöglichkeit einer Transaktion. Denn bis zu diesem Zeitpunkte haben ja bekanntlich auch unter uns die Meinungen geschwankt, und da mag wohl bereitwillig das *pecabatur intra muros et extra* zugestanden werden. So beklagenswerth es sein mag, daß jener Kampf unvermeidlich geworden war — wir Alle stimmten und stimmen doch darin überein, daß die ehrliche Durchführung des einmal begonnenen Kampfes das einzig erlaubte Mittel zu dessen Beendigung war. Gesetzlich bestehende, liebgewordene Einrichtungen, das Erbe der Väter stand auf dem Spiel, da gab es kein Schwanken. Das Selbstbewußtsein unseres Volkes, welches ja ohnehin nicht allzureiche Nahrung findet, ist aus diesem Kampfe gekräftigt hervorgegangen. Es wurde in seinen edelsten Gefühlen gehoben und in seinem Vertrauen auf die Zukunft gestärkt durch das Bewußtsein des Zusammenstehens seiner Söhne in der Stunde der Prüfung. Die Richtschnur unseres Vorgehens war zu jener Zeit eine von selbst gegebene. Die Erkenntniß desselben war eine verhältnißmäßig leichte. Während das Wesen und zugleich die größte Schwierigkeit im Leben und in der Bewegung der politischen Parteien darin besteht, um die öffentliche Meinung zu werben, sich dieselbe streitig zu machen, konnte bei der erwähnten Sachlage unser Streben bloß darauf gerichtet sein, dieselbe zu überführen. In dieser Stellung mußte für uns das *quid consilii* unter allen Umständen hinter das *quid juris* zurücktreten. Ethische Gesichtspunkte waren also maßgebend für unsern Verteidigungskampf. Politische Gesichtspunkte bildeten wenigstens die erste Veranlassung zum Angriff auf unsere Stellung. Je weniger die ersteren ohne genaue Kenntniß unserer Verhältnisse verstanden wurden, desto größere Verbreitung fanden die letztern im Wege der Presse, so daß wir uns zuletzt nicht etwa bloß der Regierung oder einer Partei, sondern einer geschlossenen öffentlichen Meinung gegenüber befanden. Kein Wunder, daß dieser Kampf, der von uns nicht eigentlich als politischer Kampf, sondern als Kampf ums Recht geführt worden war, uns aus dem Verbande der politischen Parteien, dem wir ursprünglich angehört hatten, hinausdrängte. Kein Wunder daß wir in dem ungleichen Kampfe unterliegen mußten. Hatten wir doch selbst die Chancen im Voraus erwägend, um des moralischen Gewinnes, selbst der materiellen Niederlage mit Resignation entgegengesehen.

Auch ist die Niederlage bekanntlich nicht ausgeblieben. Trotz des begreiflichen und bitteren Unmuths unserer damaligen Stimmung war

unser Blick dennoch offen geblieben für die unmittelbaren Aufgaben, die der Moment an uns stellte. Mit der bereitwilligen Erklärung pflichttreuer Mitwirkung auf dem Boden des unerwünschten Gesetzes waren wir an die Organisation der neuen Komitee gegangen. In unserer traditionellen Achtung vor dem Gesetze hatten wir somit die erste vorläufige Antwort gefunden auf die in unserer Situation so schwierige Frage des quid nunc?! Wir waren an einem entscheidenden Wendepunkt der Entwicklung angelangt. Das Bewußtsein davon fehlte uns nicht. Doch war es kaum zu verlangen, daß wir die Veränderung, die unsere Stellung damals erlitten hatte, mit allen Konsequenzen, die unerbittlich daraus folgen mußten, sofort in ihrem ganzen Ausmaß erkannt hätten.

Das Gefühl der Entfremdung gegenüber allen anderen Parteien war ein starkes, denn wir hatten von Keiner eine Unterstützung erfahren, wir hatten gegen sie Alle den Kampf bestehen müssen. Die auf den Ausgleich bezüglichen Schlagworte — denn mehr war es ja um jene Zeit noch nicht — die durch die Lüfte schwirrten, waren solche die uns ebenfalls den Anschluß an eine vorhandene Richtung der öffentlichen Meinung erschwerten oder verwehreten, denn es schien uns, daß sie eine Lockerung des Verbandes der Monarchie involvirten. So von der öffentlichen Meinung getrennt, fanden wir den einzigen Rückhalt im Vertrauen auf unsere eigene Zusammengehörigkeit. Ein Gefühl das ja auch durch den eben überstandenen Kampf trotz der Niederlage eine neue Kräftigung erfahren hatte. Das erleichterte uns die Entschloßung. Wir vermeinten keinen andern Weg offen zu haben, als den Versuch, in der bisherigen Isolierung durch Ausdauer und Pflichtgefühl uns zur Geltung zu bringen. Und man darf wohl sagen, daß es uns Allen gleichmäßiger Ernst war mit der Verwirklichung dieses Entschlusses. Das Vorgefühl der großen Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben würden, verläugnete sich auch damals nicht. Es veranlaßte uns der schon vorher bestandenen Vereinigung eine festere Organisation zu geben. Es war augenscheinlich, daß diese geeignet sein könne, im Municipalleben zur intellektuellen Unterstützung vereinzelter Gemeinden, und zur Ermöglichung ausgiebigerer Kraftentfaltung zu führen. Der Zweck der gegenwärtigen Versammlung spricht dafür, daß ihr auch für das politische Leben Aufgaben gestellt sind. Aber auch schon zur Zeit jenes entscheidenden Wendepunktes war das Zentralorgan an diese Aufgabe herangetreten. Es sollte ein den mittlerweile veränderten Verhältnissen entsprechender Ausdruck für unsere politische Stellungnahme

gefunden werden. Ich könnte nicht sagen, daß diese Aufgabe gelungen wäre. Obwohl ich selbst mit der Vorbereitung der Anträge betraut war, muß ich doch offen gestehen, daß wir über einige mehr oder weniger mißglückte Versuche in dieser Beziehung nicht hinausgekommen waren. Es lag wahrscheinlich an der Dürftigkeit der damals gefaßten Resolution, daß ich mich nicht erinnere Jemanden gehört zu haben, der bei unseren seitherigen Verhandlungen politischer Fragen auf dieselben sich berufen hätte.

Als Grundlage der selbstständigen Wirksamkeit blieb uns daher nur das Programm. Und das war schlimm; denn es war ein Torso. Noch enthielt es eine Reihe werthvoller Kernpunkte, die geeignet sind ihren Werth auch weiter zu behaupten. Aber es war um einen ganzen Abschnitt kürzer geworden. Der entfallene Abschnitt war aber der einzig positive, der aggressive und überhaupt derjenige Theil des Ganzen, der schon zur Zeit des Zustandekommens als der eigentliche Zweck des Programmes angesehen wurde. Der durch den Spruch der Legislative außer Aktualität getretene Abschnitt hatte daher für uns nicht nur die Bedeutung eines Abschnittes weniger. Er war es vielmehr, der unserem Programm den Schwerpunkt, oder wenn ich es so nennen darf, die Spitze gegeben hatte. Es durfte aber nicht erwartet werden, daß die nothwendigen physikalischen Folgen, die der Verlust des Schwerpunktes sonst im Leben mit sich bringt, nur unser Programm verschonen werde, oder daß es, nachdem ihm die Spitze abgebrochen, nicht stumpf werden würde. Der Kampf ums Recht, in den uns eben jener nunmehr der Aktualität beraubte Schwerpunkt unseres Programms hineingeführt hatte, war allerdings abgeschlossen. Es war aber unvermeidlich, daß ein solcher Kampf unserer gesamten politischen Stellungnahme sein bestimmtes Gepräge aufgedrückt haben mußte. Es war unvermeidlich, daß auch die noch übrigen Abschnitte des Programms dadurch in einen bestimmten, dem früheren Schwerpunkt entsprechenden Neigungswinkel gelangt waren. Sollten wir dieselben nunmehr in ihr natürliches Gleichgewicht zurückkehren lassen? Oder sollten wir unsere Kraft darauf verwenden, auch hinfort in demselben Neigungswinkel zu erhalten, in dem wir sie so lange Zeit zu sehen uns gewöhnt hatten? Wäre die zweite Frage gar nicht aufgeworfen worden, die Beantwortung der ersten wäre eine sehr einfache gewesen. Aber auch die zweite ist mehr oder weniger ausdrücklich aufgeworfen worden; bewußt oder unbewußt machte sie

sich in all unsern spätern Berathungen fühlbar. Das Programm selbst konnte eine Antwort darauf nicht ertheilen; deshalb ist es ein Torso geblieben.

Aus demselben Grunde fehlte es uns dann aber auch an dem, was man noch wichtiger nennen könnte, als selbst das Programm, wenn man es nicht richtiger als das Ergebniß von dessen Schwerpunkt bezeichnen müßte. Deshalb ist es uns nicht gelungen, zu einem anerkannten *modus procedendi* zu gelangen. Ich meine damit nicht die Parteidisziplin, der sich die Mitglieder des Klubs in der Regel unterwarfen. Ich meine vielmehr jene durchaus unkontrollirbare Art und Weise des Verhaltens, deren, ich möchte sagen rithmische Uebereinstimmung die erste Vorbedingung bildet für die Wirksamkeit besonders kleiner Parteien. Für die Ermöglichung irgend welcher politischen Aktion bleibt die Disziplin ohne anerkannten *modus procedendi* ebenso unzureichend, als für die Bewegungen einer Armee die Disziplin ohne taktische Schulung. Wir waren aber nicht nur eine Partei ohne *modus procedendi*, sondern, was noch schlechter ist, wir hatten deren zwei, die von einander verschieden waren.

Es zeigte sich nämlich gleich anfänglich, bevor noch die großen politischen Fragen in den Vordergrund traten, daß wir es unter uns mit zwei, je nach den Individualitäten mehr oder weniger bewußten Richtungen zu thun hatten. Die Eine schien mehr als die Andere die Traditionen der abgeschlossenen Bewegung im Vordergrunde ihrer Anschauungen zu behalten. Gleichsam nach dem Gesetz der Schwere wirkten diese fort auch auf ihr Verhalten. Die andere dieser beiden Richtungen, die sich wenigstens relativ mehr und relativ früher von jenen Traditionen zu emanzipiren gewußt, hatte das Bestreben bevor neue Grundlagen des Handelns gewonnen wären, jedes Engagement nach Möglichkeit zu vermeiden. Längere Zeit hindurch äußerte sich die Wirkung dieser beiden ungleichartigen Richtungen bloß darin, daß sie Unsicherheit in unsere Reihen brachten. Aeußerlich war die Harmonie nicht gestört, denn auch diejenigen unter uns, die am meisten entschlossen waren, hinfort das *quid consilii* dem *quid juris* voranzustellen, waren damals außer Stande den Archimedischen Punkt zu bezeichnen, wo der Hebel zur Gewinnung der öffentlichen Meinung einzusetzen wäre. Und auch diejenigen, die sich durch eine der öffentlichen Meinung gegensätzliche Stellung am wenigsten beunruhigt fühlten, sahen sich nur selten veranlaßt in diesem Sinne mit positiveren Vorschlägen aufzutreten.

Je mehr die wichtigen Verhandlungsgegenstände in den Vordergrund traten, desto mehr mußten die erwähnten Richtungen zur Gegenfächlichkeit führen, und dadurch unsere Reihen ins Schwanken gerathen. Die Unzufriedenheit, ehemals nach der erlittenen Niederlage die natürlichste und breiteste Grundlage unserer Gemeinschaft hatte aufgehört, eine Scheidewand gegenüber der öffentlichen Meinung zu sein. Unter dem Eindruck und im Gefolge der großen politischen Aktion im Parlamente begann auch unter zahlreichen Mitgliedern der andern Parteien die Unzufriedenheit überhand zu nehmen. Sie führte zwischen diesen zur Annäherung und schließlich zur Koalition. Sie ergab in einzelnen Fällen aber auch Veranlassung zu gemeinsamen Berührungspunkten mit der einen Richtung unserer Fraktion. Ich halte die Unzufriedenheit, oder sagen wir die Negation, als treibendes Element der Parteiannäherung, für einen bedenklichen Ausgangspunkt. In der Gemeinschaft solcher, häufig fremder und gegensätzlicher Gruppen, wird die schwächere von der Strömung der stärkeren in der Regel erfaßt, um an ein Ziel zu gerathen, welches weit abliegt vom eigenen Bedürfniß und vom ursprünglichen Wollen. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, daß unser Klub auf solche Bahnen gerathen wäre ohne — das „Bremsen“ der Gegenrichtung. Und diese selbst war ja mittlerweile auch eine in ihrem Wesen veränderte geworden. Sie blieb nicht länger beschränkt auf die Vermeidung von Engagements. Sie war dazu selbst geneigt, aber für die entgegengesetzte, für die positive Tagesmeinung.

Es gab in der öffentlichen Meinung um diese Zeit überhaupt nur zwei Strömungen. Eine solche die den Ausgleich überhaupt zum Abschluß bringen und eine solche die diesen Ausgleich verhindern wollte. Aus dem einschlägigen Grunde mußte die eine die Regierung unterstützen. Und wahrscheinlich ebenfalls aus diesem Grund, insofern nicht auch die äußere Frage mitspielte, mußte die andere auf den Sturz der Regierung bedacht sein. Zwischen diese durch die öffentliche Meinung getragenen Parteien sah sich unsere Fraktion eingezwängt. All die viele Mühe, die wir uns in fortgesetzten Konferenzberatungen gegeben haben, reichte nicht aus, um uns einen selbstständigen Einfluß auf dieses Verhältniß zu gewähren. Es blieb uns nichts übrig, als je nachdem die eine oder die andere, der in unserer Mitte vertretenen Richtungen ausgiebiger zu „bremsen“ vermochte, dann mit der einen oder mit der anderen der beiden großen Parteien im Reichstag zu stimmen.

In diesem Stadium der Entwicklung tritt das Unzureichende des Programms und in dessen Gefolge auch der Mangel eines anerkannten *modus procedendi* bereits in den Hintergrund vor einer neuen Erscheinung. Sie macht sich kenntlich in dem Eingang, den die öffentliche Meinung nunmehr auf beiden, zwischen uns vertretenen Richtungen erlangt hatte. Alle mit einander standen wir ihr nicht mehr wie ehedem geschlossen gegenüber. Vielmehr sahen wir uns gezwungen, dem Für und Wider ihrer gegensätzlichen Strömungen, uns anzuschließen. Wäre die Grundlage unserer Vereinigung bloß oder vornehmlich eine politische gewesen, die Pflicht würde uns geboten haben uns zu trennen, denn mit unseren politischen Ueberzeugungen, mit unserem politischen Willen, gehörten wir bereits entgegenstehenden politischen Parteien an. Unsere Grundlage war aber in Wirklichkeit eine andere, worauf ich später zurückkommen werde. Um diese Zeit hatte uns die Dynamik der parlamentarischen Maschine bereits so sehr an die Wand gedrückt, daß unser Versuch als selbstständige Parteigruppe in Wirksamkeit zu treten, vollständig gescheitert war.

Ein gleicher Versuch würde aber auch im Wiederholungsfalle zum gleichen Resultate führen. Denn die gleichen Ursachen müßten ja die gleichen Wirkungen zur Folge haben. Ich habe den Nachweis zu führen versucht, daß es sachliche und in den Verhältnissen selbst gelegene Ursachen waren. — Sie werden mir bestätigen müssen, daß es auch fortdauernde sind, es sei denn, es gäbe Jemanden unter uns, der zu einer positiven Beantwortung der Fragen im Stande wäre, die ich an dieser Stelle aufwerfen muß. Wer unter uns — so frage ich — hält unsere heutige Kraft für zureichender zur Aufstellung von Gesichtspunkten, geeignet auf die öffentliche Meinung Eindruck zu machen und deren Richtung zu modifiziren? Wer ist in der Lage, dem Kumpf unseres Programms einen neuen Schwerpunkt zu geben, damit es uns in den Stand setze, zu selbstständiger politischer Wirksamkeit? Und wer unter uns vermag das verhängnißvolle *quid nunc?* in dem Sinne, wie es am Wendepunkt der Entwicklung uns gegenüber stand, heute nach Verlauf von zwei Jahren zu voller Uebereinstimmung zu beantworten? Wenn hiezu aber Niemand unter uns im Stande ist, dann sollte man meinen, es könne die Wiederaufnahme einer gesonderten Parteiwirksamkeit auch von

Niemandem empfohlen werden, der nicht die Absicht hätte uns zu neuen Mißerfolgen zu führen.

Was in Sonderheit das Programm betrifft, so möchte ich nicht mißverstanden werden. Ich bin überzeugt, daß es eine sehr werthvolle Basis unserer volksthümlichen Wirksamkeit auch bleiben wird und bleiben soll. Es spricht nicht wenig für dessen Gediegenheit, daß es bei allem redlichen Bemühen doch Niemandem gelungen ist, neue Ziele für unser volksthümliches Streben aufzufinden, die nicht schon in den Beschlüssen des Mediascher Sachsentages enthalten wären. Wenn wir aber erfahren haben, daß es uns seit dem Abschluß des staatsrechtlichen Kampfes einen genügenden Schwerpunkt für selbstständige Parteiwirksamkeit im Reichstag nicht mehr bietet, wie sollen wir dieser Erfahrung Rechnung tragen? Etwa dadurch, daß wir in dieser Versammlung einen solchen dekretiren? Ich bin der Meinung, daß lebensfähige Programmpunkte in solchen Versammlungen nicht erfunden werden können. Nur zum präzisieren Ausdruck können diejenigen gebracht werden, die vorher schon im öffentlichen Bewußtsein vorhanden waren.

Aber selbst wenn wir in dieser günstigen Lage wären, dürften wir uns nicht verhehlen, daß einer erfolgreichen positiven Wirksamkeit sowie die Dinge nun einmal stehen, ungewöhnlich ungünstige Chancen entgegenstehen. Ich meine das Mißtrauen, mit dem eine Partei zu kämpfen hat, deren Abgeordnete alle nur aus einer bestimmten Gegend des Landes, noch dazu aus einem so lange Zeit in sich abgeschlossenen Gebietstheil desselben gewählt werden. Wir sehen ja, daß auch anderwärts der Verdacht des Partikularismus gleich einem Bleigewicht den Bewegungen solcher Parteien anhaftet und ihre bestgemeinten Bestrebungen beeinträchtigt. In unserem Falle haben wir es noch mit einem eingewurzelten Vorurtheil zu thun. Dieses meint in unserer Sonderstellung eine Herausforderung erblicken zu müssen, gleichsam die verhüllte Drohung, als sei es unsere Absicht, den Kampf uns Recht in der einen oder andern Form wieder aufzunehmen. Vorurtheile sind aber häufig schwieriger zu überwinden als Gründe.

Ich komme zurück auf die bereits angedeutete Gefahr die zur Zeit des Höhepunktes der parlamentarischen Situation sogar den Bestand unseres Klubs unmittelbar bedroht hatte. Ich habe bereits gesagt, daß wir um jene Zeit mit unserm politischen Willen so sehr in Gegensatz gerathen waren, daß wir in diesem Sinne bereits zwei außer uns

stehenden entgegengesetzten Parteien angehörten. Ich habe nunmehr auszusprechen, wie wir eben damals noch zur rechten Zeit erkannten, daß es sich in unserm Falle gar nicht um die immer wandelbare und prekäre Existenz einer politischen Partei handelte. Ohnehin hatten uns ja die anderen Parteien niemals als eine solche anerkannt. Vielmehr betrachtete man uns im Abgeordnetenhaus und anderwärts als eine Art Delegation des sächsischen Volks, sowie ja auch wir mit dem selbstgewählten Namen niemals darüber hinaus zu gelangen vermochten. So war es denn auch eine der Politik fernstehende Rücksicht, in der wir damals den Rückhalt fanden. Es war die Rücksicht auf das Banner, um welches wir geschaart waren. Der Name unseres Volks stand darauf geschrieben. Das war's — nicht das Programm, welches uns den Anschluß an beide Richtungen nicht verwehrt hätte, denn die Vertreter beider Richtungen betonten die Rücksicht auf die Monarchie. Beide erklärten, den Verband derselben nicht lockern zu wollen. Es blieb Aufgabe unseres politischen Urtheils, die eine oder die andere als die richtigere zu erkennen, und unsere politische Pflicht, darnach zu handeln. Einem Gesamt-Anschluß an die eine oder andere stand weder ein prinzipielles noch ein moralisches Hinderniß im Wege. Unser Urtheil leitete uns aber in entgegengesetzter Richtung. Daraus entstand die Kollision der Pflichten. Unser Beruf als Abgeordnete forderte uns auf, unseren politischen Ueberzeugungen Ausdruck zu geben. Dagegen kämpfte aber die Pflicht, das entrollte Banner, nicht im Stiche zu lassen, nicht in Fetzen gehen zu lassen. Das aus schweren Kämpfen gerettete Selbstgefühl unseres Volkes würde schwere Einbuße darunter gelitten haben. Es gehörte viel moralischer Muth, viel Ergebung in die Gesetze der eigenen Existenzbedingungen dazu, um aus dieser Konkurrenz der Pflichten den Ausweg zu finden. Es darf uns heute Allen zur Genugthuung gereichen, daß es dießmal gelungen ist, ohne die, auf den ganzen Umfang des Staates sich erstreckenden Abgeordneten Pflichten zu verletzen, das nationale Banner in Ehren wieder heimführen zu können, von einer Bühne, auf die es nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr gehört. Ich glaube nämlich nicht, daß darin eine Aufforderung liegt, dasselbe dort jemals wieder zu entrollen, so lange die Nationalitätenverhältnisse im Lande nicht dahin gelangt sind, den Kampf Aller gegen Alle herauszufordern oder zu rechtfertigen.

Streng genommen, haben wir dasselbe ja auch niemals entrollt.

Daß unser Verhalten einer solchen Voraussetzung dennoch Anhaltspunkte bieten konnte, ist auch eine Folge des überstandenen Kampfes ums Recht, und des Umstandes, daß dieses Recht mit unseren ethnographischen Grenzen übereinstimmte und ursprünglich unser Volksrecht war. Die gesegnete Basis, die unser geschlossenes Gebiet durch lange Jahrhunderte als besonderes staatsrechtliches Glied (*membrum sacre coronae*) anerkannte, und in gewissem Sinne bis in die Sphäre der Legislative hineinragen ließ — sie war der reelle Boden, auf dem unser Kampf geführt worden ist. Aber nicht nur bestritten ist hiesort dieser reelle Boden, wie vorher schon seit Jahren. Mit der Niederlage ist auch der Kampfplatz verloren gegangen. Ein weiterer Kampf würde daher in der Luft schweben. Allerdings sind wir auch nach der Niederlage ein sozialer Faktor geblieben. Ein solcher wird das deutsche Bürgerthum der siebenbürgisch-sächsischen Wahlkreise auch immer bleiben, so lange es sich seiner Pflichten gegen den Staat und gegen sich selbst bewußt ist, und so lange es einen Glauben hat an die kulturelle Mission, die ihm auch für die Zukunft vorbehalten ist. Auch ist der Kampf dabei nicht ausgeschlossen. Der Kampf um die Erhaltung der eigenen Individualität bildet ja für Volksstämme nicht minder als für Einzelneristenzen zugleich eine Pflicht und eine Aufgabe des Lebens. Wir Alle, jeder wackere Sohn unseres Volkes wird diesen Kampf führen müssen, an dem Ort, wo ihn das Schicksal oder sein Beruf hingestellt haben und mit den Mitteln, die ihm seine Fähigkeiten und seine Erziehung zur Verfügung stellen. Aber nicht in der Isolirung, sondern im Anschluß an die übrigen kulturellen Faktoren des Landes müssen wir ihn bestehen. Als Kampf ums Recht kann er nicht mehr geführt werden, dazu fehlt ihm die Basis. Als gesonderte nationale Partei zwischen den parlamentarischen Majoritäten stünde ihm ohne jede Chance des Erfolges nur Niederlage, Verbitterung und Enttäuschung bevor. Die einzige Möglichkeit ihn in der Isolirung fortführen zu können, haben wir schon vor zwei Jahren selbst abgelehnt, als wir den im ersten Unmuth aufgetauchten Abstinenzgedanken von uns gewiesen hatten. Gerade die Gegenwart bietet übrigens lebendige Beispiele für die Gefahren des passiven Widerstandes. *Exemplo sunt odiosa!* Aber wir haben gesehen, daß die Isolirung sozialer Faktoren, sozialer Gruppen, je kleiner sie sind, desto früher deren Unterdrückung durch alle übrigen herbeiführt. Wir haben gesehen, daß im Zeitalter der Eisenbahnen und des Telegraphen auch zahlreiche und mächtige soziale Faktoren

den Opfern, die der passive Widerstand ihnen zumuthet, nicht gewachsen erscheinen.

Alle diese von mir nicht näher bezeichneten Fälle sozialer Krankheitserscheinungen beruhen auf der gleichen Ursache. Es ist die Nationalitätenfrage, die an den Grundfesten des Staates und der Monarchie rüttelt. Was zunächst unseren Staat betrifft, so könnte nur ein Blinder das Vorhandensein von Magharisirungsbestrebungen in Abrede stellen wollen. Darin, daß sich eben auch hier im größeren, wie früher bei uns im kleineren Verhältniß das staatsrechtliche Gebiet mit dem Einfluß und der Ausdehnung der ethnographischen Grenzen deckt, liegt etwas Bedrohliches. Es liegt darin die Gefahr, daß die Gewalt des Staates den Magharisirungsbestrebungen dienstbar gemacht werden kann. Wir wissen, daß es bereits geschehen ist. Mit Redensarten ist daran nichts zu ändern. Ich bin aber überzeugt, daß rein als Machtfrage behandelt, die Macht dazu nicht ausreichend ist. Ich habe die bestimmte Wahrnehmung gemacht, daß der Antrieb dazu in der Abnahme begriffen ist. Der Antrieb dazu war die Folge einer Entwicklungsphase. Er war die Folge der Sturm- und Drangperiode des magharischen Volksgeistes. einer Periode, der gewiß nicht abgesprochen werden kann, daß sie auf die Entwicklung des Landes von nachhaltigem Einfluß geworden ist. Die Signatur jener Bewegung war ein Aufbäumen gegen das kraftlose Siechthum, dem das Volk unter dem Einfluß orientalischer Letargie verfallen war. Die Führer der Bewegung erkannten jene Ansätze fremder Bildung, die sich damals unter dem Einfluß des Wiener Regiments gleichsam als jüngste Schicht kultureller Entwicklung abgelagert hatten, als die Lebensformen der Zukunft. Sie faßten den muthigen Entschluß, durch aktives Eingreifen die Gestaltung dieser Zukunftsformen wo möglich nach dem Bedürfniß des eigenen Volksstammes zu lenken. Das Feuer des Freiheitsgeistes, von dem die mitteleuropäische Welt zu jener Zeit erfüllt war, kam ihren Bestrebungen zu statten. Mit dessen Hilfe gelang es ihnen zunächst, das Nationalitätsgefühl und in dessen Gluth den Volksgeist selbst aus der vorherigen Indolenz zu erwecken. Wir wissen, daß diese Gluth des erweckten Volksgeistes sich in erster Reihe des Staatsgedankens bemächtigte. Wir wissen, daß sie nach einer inzwischen liegenden gewaltigen Katastrophe, in der die überspannten Saiten der Volkskraft in schrillum Mißklang bereits gerissen und der selbst die Verfassung zum Opfer gefallen war, endlich dahin geführt hat, den

parlamentarischen Staat zu verwirklichen, aber diesem zugleich eine in unserem Vaterlande seit Jahrhunderten nicht gekannte nationale Tendenz zu geben. Das ist es eben, worauf ich hinweisen wollte. Es ist natürlich, daß die überschäumende Bewegung, die ich die Sturm- und Drangperiode des magyarischen Volksgeistes genannt habe, in der Richtung, von der sie ihren Ausgang genommen hatte, also in der Richtung des Nationalitätsgefühls die Ufer am meisten überströmt hat. Es ist erklärlich, daß nach plötzlicher Ueberwindung einer beinahe hoffnungslosen Katastrophe dieses Gefühl noch einmal in solcher Unbändigkeit übergeströmt ist, daß wir uns Alle dadurch bedroht fühlen mußten.

Sobald wir uns aber vor Augen halten, daß diese Gefahren nur im Gefolge einer überschäumenden Bewegung heraufbeschworen wurden, verliert sie viel von ihrer drohenden Natur. Diese stürmische Bewegung war zugleich eine Renaissance-Bewegung für das magyarische Volk, denn sie hat der Kulturthätigkeit desselben, die bis dahin weit mehr auf fremden Import angewiesen war, eine eigenständige Unterlage gegeben, sie hat dieselbe vertieft. Im Anschluß daran nannte ich sie eine Sturm- und Drangperiode, denn auch diese tritt ja dann ein, wenn die von Außen aufgenommenen Vorstellungen und Begriffe in der Ideenwelt des werdenden Mannes selbstständig zu reagiren beginnen. Auch für diesen tritt ja aber in der Regel früher, als ihm lieb ist, der Moment ein, wo er fühlt, daß von diesen selbst gewonnenen Vorstellungen nicht mehr zu verwirklichen ist, als es die Grenzen der ihn umgebenden realen Verhältnisse gestatten. Kann er sich mit diesen nicht abfinden, so geht er zu Grunde. Findet er sich ab mit ihnen, so tritt er in die Periode der „Beschäftigung, die nie ermattet, die rastlos schafft, doch nie zerstört“. Er tritt ins Mannesalter, in die Periode des bewußten Wollens, im Gegensatz zum „Wünschen“ und „Möchten“, unter dessen Einfluß er bis dahin gestanden. Mit Rücksicht auf den Gegenstand dieser Erörterung also, die Nationalitätenfrage, bedeuten diese realen Verhältnisse die Erkenntniß, daß unser Vaterland immer ein poliglotter Staat war, in welchem der Einfluß des magyarischen Volkelementes zwar immer ausgereicht hat, um ihm ein bestimmtes Gepräge zu geben; niemals aber um dessen Natur selbst, die ja eben eine poliglote ist, abzustreifen oder umzukehren.

Es erleidet keinen Zweifel, daß die Richtung, welche die großen Weltereignisse in den letzten Jahren genommen haben, für den magyarischen Volksstamm nicht weniger als für die übrigen Volks-

stämme unseres Vaterlandes die ernste Mahnung enthalten, das männliche „Wollen“ an die Stelle des „Möchtens“ treten zu lassen. Die Beweise liegen vor, daß diese reale Richtung eben im Laufe des letzten oder der zwei letzten Jahre von den maßgebenden Faktoren in verschiedenen Richtungen des staatlichen Lebens wirklich eingeschlagen wurde. Dafür spricht das Zustandekommen des Ausgleichs, dafür spricht der Umstand, daß auch die große Partei, die ihn bekämpft hat, nicht mehr, wie vorher, eine staatsrechtliche, sondern nur eine Utilitäts-Opposition ist. Dafür spricht mehr als alles Andere die entschiedene Wendung zum Besseren, die in der Staatswirtschaft eingetreten ist; dafür noch so manche Umstände, die ich nicht alle aufzählen kann.

Es ist meine Ueberzeugung, daß diese reale Richtung sich auch auf die Beurtheilung der Nationalitätenfrage erstrecken muß. Ich könnte bereits anführen, daß ein ansehnlicher Theil der jungen ungarischen Literaten sich mit wachsendem Ernst in die deutsche wissenschaftliche Literatur vertieft, woraus sie nothwendig zur richtigen Erkenntniß und zur richtigen Würdigung des deutschen Wesens auch in Ungarn gelangen müssen. Ich könnte anführen, daß eben jetzt die Lehrstunden für deutschen Sprachunterricht in den öffentlichen Schulen durch den Unterrichtsrath auf das Doppelte der früheren Anzahl erhöht worden sind. Was ich aber in dieser Richtung auch noch weiter erwähnen wollte, es würden doch immer nur einzelne Züge bleiben, denen ebenso viele Beispiele fürs Gegentheil entgegengesetzt werden können. Eine Umkehr in dieser Richtung kann sich eben nicht mit einem Schlage vollziehen. Die Chauvinisten werden niemals aussterben. Aber mit dem bereits betretenen Wege des Anschlusses an die realen Verhältnisse vermindern sich die Antriebe zur chauvinistischen Richtung in demselben Grad, als das männliche „Wollen“ des Erreichbaren die Oberhand erhält über das träumerische „Möchten und Trachten“ nach dem Unerreichbaren.

Auf der Basis dieses Möchtens können die Völker unseres Vaterlandes niemals zum Frieden gelangen — auf der Basis des realen Wollens würde dem Friedensschluß wahrscheinlich wenig im Wege stehen, sobald sich die „ehrlichen Mäfler“ dazu finden wollten. Es wäre aber ebenso verfehlt, dabei an einen ausdrücklichen Friedensschluß zu denken, als es verfehlt sein würde, den für die Erhaltung der nationalen Individualität nothwendigen Kampf als einen ausdrücklichen und ausgesprochenen Nationalitätenkampf zu führen. Ich bleibe dabei, die Sturm- und Drangperiode ist überwunden und wenn sich alle Volks-

stämme unseres Vaterlandes darauf beschränken können, mit Vermeidung aller störenden Kampfespositur behutsame Wachsamkeit für ihre Interessen und ruhige Abwehr gegen Uebergriffe walten zu lassen, so wird das Bewußtsein des Friedens endlich über uns kommen wie der gute Ruf einer Frau, weil man keine Veranlassung hat ihn zu besprechen.

Erlauben Sie mir aber an dieser Stelle auf den gewaltigen Unterschied hinzuweisen, der allemal zwischen der Reflexion und zwischen der unmittelbaren Empfindung besteht. Wenn ich es hier versucht habe im Spiegel einer nüchternen Reflexion die Entwicklung der Verhältnisse und deren Einwirkung auf unsere Stellung in ihren Hauptzügen zu rekapituliren, so will ich doch gerne bekennen, daß der Prozeß dieser Entwicklung gar häufig stoßweise und in scheinbaren Widersprüchen sich zu vollziehen schien. Die Richtung, die unser politisches Urtheil genommen hatte zur Zeit als wir aus dem Verbanne der Landesparteien ausschieden, war ja nicht bloß auf unseren schwebenden staatsrechtlichen Streitpunkt beschränkt. Vielmehr gehörte dahin auch unser Urtheil über die Unhaltbarkeit der damaligen Parteiverhältnisse, welches ja fast unmittelbar nachher im Zusammensturze derselben seine Rechtfertigung fand. Ebenso hatte unsere Meinung über die schiefe Ebene, auf welche die leitende Richtung im Staatsleben um jene Zeit sich gegeben hatte, unsere Zweifel an der Haltbarkeit der staatsrechtlichen Verhältnisse auch im großen Rahmen herausgefordert. Wir sahen mit Besorgniß das Ungeßüm, mit welchem das öffentliche Streben in rascher Aufeinanderfolge solche Ziele erfaßte, welche nach unserer Meinung mit den Grundlagen der dualistischen Verfassung, mit dem Bestande unseres Staates ebensowohl als der Monarchie sich im Widerspruche befanden. —

Was im weiteren Verlaufe sich vollzog, blieb die längste Zeit hindurch wenig geeignet, unseren Empfindungen eine andere Richtung zu geben. Inzwischen lag die für unsere nächsten Verhältnisse so schwer empfindliche Niederlage, die uns der bereits erörterte Spruch der Legislative bereitete. Es folgten dann die Verhandlungen über den Ausgleich. Obwohl diese bloß auf die Erneuerung von volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Vereinbarungen sich erstreckten, waren es doch Gefühle und Leidenschaften ganz anderer Art, die aus diesem Anlaß hüben und drüben immer lebhafter in den Vordergrund getreten waren.

Unter Hinzutritt all der Aspirationen und auch reellen Besorgnisse, die durch die Ereignisse im Orient heraufbeschworen wurden, gewann es den Anschein, als ob in breiten Schichten der Bevölkerung die Auffassung vormalte, daß eigentlich die Frage der künftigen Umgestaltung, fast möchte ich sagen der Existenz der Monarchie auf der Tagesordnung stehe. Unter der Oberfläche der Tagesfragen schienen sich zwei noch immer fortbestehende Gegensätze zu bekämpfen, die trotz der inzwischen liegenden Erfahrung nichts von ihrer ursprünglichen Unversöhnlichkeit verloren hatten. Einerseits waren es verbreitete Vorstellungen über die Selbstständigkeit unseres Staates, einer Selbstständigkeit wie sie erstrebt wurde, nicht wie sie war. Vorstellungen, die den wirklichen Bestand der Dinge nur als Vorbereitung, als Vorstufe zur Verwirklichung ihrer Aspirationen ansahen. Andererseits schienen es ebenfalls weitverbreitete Vorstellungen, die aus den Traditionen der Monarchie als Einheitsstaat zu solchem Gegensatz gegen die dualistische Staatsform gelangt waren, daß sie nur an eine gewaltsame Lösung zu denken vermochten. Beide extremen Richtungen zogen offenbar Vortheil aus dem allgemeinen Drucke der besonders auf den wirthschaftlichen Verhältnissen übrigens nicht nur unseres Staatsgebietes lastete und noch lastet und die Zahl der katalinischen Existenzen vermehrt. Dabei waren beide extreme Richtungen in so raschem Wachsthum begriffen, daß es schien als solle das nüchterne Urtheil sich verschüchtern zurückziehen.

Um diese Zeit war es, wo diejenige Richtung in unserem Klub der auch ich angehörte mitten durch den Staub und den Lärm der Tagesmeinungen einen Wendepunkt erkannt zu haben glaubte. Die Haltung der Regierung machte auf uns den Eindruck, als sei sie entschlossen, einem gerade auf den vorliegenden Fall passenden und bewährten Erfahrungssatz Rechnung zu tragen. Ich meine den Erfahrungssatz, daß bestehende Gegensätze, die aus verbreiteten und in langer Gewohnheit fortgesetzten Irrthümern ihre Nahrung ziehen, wirksamer bekämpft werden durch Anbahnung einer bessern Erkenntniß als durch Unterstützung der Gedankenlosigkeit. In diesem Sinne sahen wir seither häufig die Minister gegen die Angriffe des Fanatismus kämpfen. Je beharrlicher sie den betretenen Weg verfolgten, mit um so größerer Zuversicht begleiteten wir ihre Schritte. In uns vollzog sich unter diesem Eindruck jener stoßweise Umschwung, der uns, vorher Gegner der Regierung, hinfort antrieb auch die vorkommenden Fehler im günstigen Sinne zu interpretiren. Wir waren, so weit es die Rücksicht auf unsere Partei-

stellung und Parteiverpflichtungen zuließ, zu Anhängern der Regierung geworden, denn wir vermeinten die Traditionen von Deaf's Handlungsweise wieder aufleben zu sehen.

Ich glaube nämlich, daß auch Deaf, der ja die Erhaltung der Monarchie als ein vitales Interesse des eigenen Vaterlandes erkannte, die mechanischen Formen, die unter seinem Einfluß zur Befriedigung des Einheitsbedürfnisses vereinbart wurden, wohl selbst kaum als letztes Glied in der Reihe der Entwicklungen angesehen hat. Daß er trotzdem auf ein weiteres Schieben der Kräfte sich nicht eingelassen hat, war ja die Folge seiner politischen Maxime, die ihn immer veranlaßte, da innezuhalten, wo sein Blick in den thatsächlichen Verhältnissen eine vorhandene Anlage nicht mehr zu erkennen vermochte. An warnenden Beispielen gegen voreilige Detailarbeit hatte es ihm ja auch nicht gefehlt. Es waren die ungezählten Organisationsversuche, die bis dahin jedesmal als fertiges Kleid dem Körper der Monarchie auferlegt wurden, dann aber eben nach Deaf's geflügeltem Worte „wieder aufgeknüpft werden mußten, weil die Reihenfolge der Knopflöcher verfehlt war“. Wohl eben in Folge seiner maßvollen Gesinnung, war ja auch er hüben und drüben auf lebhaftere Opposition gestoßen. Auch läßt sich nicht läugnen, daß ein Zustand der Dinge, der im Allgemeinen nur laue Freunde hat, dafür aber eine Unzahl erbitterter Gegner über die Dauer seiner Brauchbarkeit hinaus nicht zu retten ist. Die Garantie desselben lag ja aber eben im Gebrauchswerth für das dringende Bedürfniß des Augenblicks, welches keinen Aufschub gestattete, nebst dem Vorzug, daß dadurch der Zukunft nach keiner Richtung präjudirt war.

Das war der ausschlaggebende politische Gesichtspunkt in jenem ersten Falle, als Franz Deaf die Ausgleichsverhandlungen zum Abschluß brachte. Zur gleichen Geltung gelangte er auch diesmal, wenigstens in der zweiten Hälfte der Verhandlungszeit unter dem beherrschenden Einfluß der Regierung. Der politische Gesichtspunkt war aber mit Rücksicht auf die vorher geschilderte Bewegung der Geister der wichtigere. Uebrigens ist ja das wirthschaftliche Verhältniß, abgesehen von geringfügigen Abänderungen, die ich für Verbesserungen halte, im Großen und Ganzen das Alte geblieben.

Eine solche oder ähnliche Auffassung war es, die auch unseren Klub bestimmt hatte, mittelst Majoritätsbeschluß für die Annahme der Ausgleichsvorlagen sich zu entscheiden. Dennoch blieben uns auch hierbei die Kollisionen nicht ganz erspart, wodurch wir verhindert waren

mit unseren Antrieben auf völlig gleiche Linie zu gelangen. Eben um jene Zeit war es ja, daß durch mehrere administrative Entscheidungen der Regierung der bitterste Unwille und die größten Besorgnisse in unseren heimischen Kreisen wach gerufen waren. Diese Verfügungen hatten eine prinzipielle Bedeutung, über deren gefährliche Konsequenzen auch unter uns Abgeordneten nur eine Stimme herrschte. So in Sonderheit die Bestätigung von Minoritätsbeschlüssen der Universität und das uneingeschränkte Verfügungsrecht des Romes-Obergespan über das Universitätsvermögen. Bezüglich des hierin zu beobachtenden *modus procedendi* machten sich aber auch in diesem Falle die beiden zwischen uns vertretenen Richtungen geltend. Jemehr nämlich die Einen an der Ueberzeugung festhielten, daß von der gegenwärtigen Regierung eine Sanirung der uns zunächst berührenden Mißverhältnisse nicht zu erwarten sei, desto mehr fühlten Sie sich gedrängt, in allen Fällen, wo die Rücksicht auf sachliche Fragen sie daran nicht direkt verhinderte, gegen die Regierung zu stimmen. Jemehr die Andern von der Nothwendigkeit des Ausgleichsabschlusses überzeugt waren, desto mehr verlangten Sie auch in jenen Fragen, die in erster Linie über das Stehen und Fallen der Regierung entscheidend waren, diese zu unterstützen. Denn mit dieser bestanden oder verschwanden ja auch die Aussichten auf das Zustandekommen des Ausgleichs. Ich habe die begründete Ueberzeugung, daß es nunmehr nach Erlebigung der wichtigen Staatsaktionen, die hiezu wenig Raum boten, gelingen müsse, auf dem Wege direkter Verständigung die Ursachen zu beseitigen, die die gerechten Besorgnisse herauf beschworen hatten.

Geehrte Freunde! Ohne Rücksicht auf Gunst oder Ungunst war ich bemüht im Bisherigen alle jene Verhältnisse zu besprechen, welche mit unserem Berathungsgegenstand in einem engeren oder weiteren Zusammenhang stehen. Ich hielt mich dazu für verpflichtet, weil ich möglichste Klarheit darüber, als eine nothwendige Vorbedingung für die Beurtheilung unserer Stellung ansehe. Wir haben gesehen daß die Zeit nach die Verschiedenheit unserer Meinungen auf jenen Wendepunkt in der Entwicklung unserer Verhältnisse zurückzuführen ist, der unsere Stellung in diesen einem jähen Wechsel unterzogen hat, einem solchen der die Konsequenzen zu denen er führen mußte nicht unmittelbar zu erkennen gestattete. Es ist erklärlich daß eine solche Erkenntniß auch in der Folge nicht gleichzeitig für uns Alle sich ein-

stellen konnte. Sie blieb abhängig von der Individualität des Einzelnen — von dessen Gelegenheit zur Einsichtnahme.

Den Ursprung und die Quelle der getheilten Meinung glaube ich daher in diesem progressiven Element erkennen zu müssen, welches unser früher übereinstimmendes Urtheil der eigenen Lage auch heute noch fortdauernd bedroht. Wir haben gesehen, daß unter diesem Einfluß unser politisches Urtheil immer weiter auseinander ging, bis wir zuletzt mit unserem politischen Willen zwei entgegengesetzten, außer uns bestehenden politischen Parteien angehörten. Wir haben gesehen, daß zwischen unserer ursprünglichen Absicht als eine geschlossene politische Partei zu wirken und zwischen der Möglichkeit ihrer Durchführung unübersteigliche Hindernisse aufgethürmt waren und aufgethürmt bleiben. Wir haben auch gesehen, daß wir alle Ursache haben zum Schutze unserer nationalen Individualität, zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzustehen; wenn wir dies nicht selbst thun, so bleibt es überhaupt ungethan. Diese Aufgabe bleibt daher auch für die Zukunft der feste Boden unserer gemeinsamen Wirksamkeit.

Wie aber sollen wir es mit unseren politischen Ueberzeugungen halten so lange in diesen eine Uebereinstimmung nicht besteht?

In solcher Gestalt tritt die Frage des quid nunc? heute am Vorabend der Wahlen für den Reichstag nicht minder ernst an uns heran, als vor zwei Jahren am Wendepunkt unserer inneren Entwicklung.

Ein in den letzten Monaten ohne meine Mitwirkung gefaßter Beschluß unseres Bester Abgeordneten-Klubs liegt dieser Versammlung vor als ein bereits formulirter Rathschlag für die Beantwortung dieser Frage. Auch der Klub spricht sich darin gegen die Wiederaufnahme selbstständiger Parteiwirksamkeit aus, womit ich nach dem ganzen Resultate meiner bisherigen Untersuchung nothwendig übereinstimmen muß. Er enthält aber auch positive Vorschläge, die den Anschluß an eine bestimmte Partei unter bestimmt formulirten Bedingungen anrathen. Und diesen muß ich meine Zustimmung versagen.

Auch ich würde es gewiß lieber sehen, wenn — ich will nicht sagen, diese Versammlung, der ich eine solche Zumuthung überhaupt nicht stellen würde — aber wenn unsere Wahlkreise und in Folge

dessen auch die zukünftigen sächsischen Abgeordneten, Alle einer bestimmten Partei angehören könnten. Aber wie entspricht denn dieser Wunsch den thatsächlichen Verhältnissen? Haben wir denn nicht gesehen, daß die heute zwischen uns bestehende Meinungsverschiedenheit eben auf die politischen Fragen, also auf die politische Parteistellung sich bezieht? Ich kenne diese Meinungsverschiedenheit als eine heute noch festbegründete. Allerdings glaube ich zu wissen, daß es in dieser Versammlung eine auch nur ansehnliche Minorität nicht gibt, die sich in Uebereinstimmung mit der koalirten Oppositionspartei befindet. Ich finde es aber begreiflich, daß die eine der beiden zwischen uns vertretenen Richtungen, die wir im Laufe dieser Untersuchung uns gegenwärtigt haben, naturgemäß zur Annäherung an die Oppositionspartei geführt hat. Ich weiß es, daß die andere dieser beiden Richtungen einen solchen rein negativen Ausgangspunkt für den Parteianschluß für gefährlich hält. Ich weiß, daß sie den bisher feintlichen politischen Zielen der heutigen Oppositionspartei ebenso sehr widerstrebt, als sie der Haltung der Regierungspartei in allen großen politischen Fragen zustimmen mußte — daß sie in dieser Erfahrung einen richtigeren Ausgangspunkt für den Parteianschluß erkennt, als in der sterilen Negation.

Ich will damit keineswegs gesagt haben, daß eine dieser Richtungen überhaupt oder auch nur im Rahmen unserer politischen Prinzipien eine unerlaubte sei. Der in den Ueberzeugungen unseres Volkes wurzelnde politische Grundsatz, den unser Programm zum präzisen Ausdruck bringt, lautet: wir sollen solche Bestrebungen, die auf eine Lockerung des Verbandes der Monarchie gerichtet sind, nicht unterstützen. Dasselbe nehmen aber beide große Parteien, die im letzten Reichstage sich gegenüberstanden, wenigstens nach ihren ausdrücklichen Behauptungen, für sich in Anspruch. Und die Frage, welche von diesen beiden Parteien Solches mit mehr Recht behaupten könne, findet in unserem Kreise eine getheilte Beantwortung. Die Einsicht, daß diese getheilte Beantwortung in den unter uns bestehenden beiden Richtungen ihre Erklärung findet, ist nicht zureichend, um über die darin liegende Schwierigkeit hinüber zu helfen. Denn die entsprechenden politischen Ueberzeugungen sind beiderseits so fest begründete, daß sie, nach meiner Ansicht, heute eine Vermittelung ausschließen.

Worin könnte unter solchen Umständen ein Majoritätsbeschluß über den Gesamtanschluß an eine der beiden Parteien seine Rechtfertigung finden?

Vom Standpunkt unserer Vereinigung, vom Standpunkt der vor sieben Jahren in der Mediascher Versammlung gewonnenen Grundlagen für die Pflege unserer volksthümlichen Interessen liegt eine Rechtfertigung dafür nicht vor. Auch in jener Versammlung war die Parteifrage nicht gestellt worden. Um so weniger sind wir dazu heute genöthigt, seit der staatsrechtliche Organismus unser damals noch geschlossenes Gebiet als *membrum coronae* nicht mehr anerkennt, seit wir als Gesamtheit in jene Sphäre des Staatslebens nicht mehr hineinragen, die eine solche Stellungnahme erfordern könnte. Ich halte es für klug, im Anschluß an diese Thatfache zu handeln. Die Parteien, die auf der öffentlichen Meinung beruhen, und in gegenseitiger Einwirkung auf einander, jene zwar beeinflussen, zugleich aber im nothwendigen Anschluß an deren wechselnde Strömungen entstehen und vergehen, sind ephemäre Erscheinungen. Ein Volk bleibt und thut gut daran, als solches sich nicht zu identifiziren mit den wandelbaren Geschieden einer Partei. Derselbe Grund spricht gegen die Unterhandlung von Bedingungen. Die in ihrem inneren Wesen wandelbare Natur der Parteien bringt es mit sich, daß diese sich in Detailfragen nicht binden können. Es ist schon genug, wenn sie sich in ihren obersten Prinzipien treu bleiben. Nach diesen entscheidet sich der Einzelne für den Anschluß an eine Partei. Nach diesen verläßt er sie auch wieder, sobald er findet, daß diesen Prinzipien im Rahmen einer anderen Partei mehr Rechnung getragen wird. Dieses Verhältniß soll — so lange es ein richtiges ist — nur auf politische Ueberzeugungen basirt sein. Stipulationen verträgt es nicht. Es liegt zu nahe, hiebei auf die Erfahrungen hinzuweisen, die gerade von Seite unserer Abgeordneten mit der Unterhandlung von Bedingungen seit langen Jahren gemacht worden sind. Erreicht wurde dabei niemals Etwas.

Ich halte daran fest, daß die zukünftigen Abgeordneten im Rahmen der Landespartei ihre Wirksamkeit entfalten sollen, denn ich habe es erfahren, daß Jeder, der, abseits von den Strömungen der öffentlichen Meinung, nicht selbst an ihr mitschiebt, um so sicherer von ihr geschoben wird. Dennoch möchte ich im Hinblick auf die geschilderten Verhältnisse nicht rathen, den zukünftigen Abgeordneten ein Majoritätsvotum über den Gesamtanschluß an eine der beiden großen Reichstagsparteien zuzumuthen. Dafür sind ihre politischen Anschauungen zu gegensätzliche. Auch sind die erwähnten beiden Richtungen, die während der beiden letzten Jahre in unserem Abgeordneten-Klub hervorgetreten waren, in den Wählerkreisen nicht minder

thatsächliche. Sie werden auch im Ergebniß der Wahlen zuverlässig zur Geltung kommen. Welche Kollision der Pflichten wird dadurch für die Abgeordneten wieder heraufbeschworen! Ich halte es für wahrscheinlich, daß bei dem ziemlich gleichen Verhältniß, in welchem die erwähnten beiden Richtungen vertreten sind, ein derartiger Majoritätsbeschluß des Abgeordneten-Klubs gar nicht zu Stande kommen kann. Dadurch wäre die zweckwidrige Stellung der letzten Vergangenheit wieder auf drei weitere Jahre verlängert. Wie aber, wenn im entgegengesetzten Falle die eventuelle Minorität bei ihrer endgiltigen Entschließung der politischen Ueberzeugung das Uebergewicht einräumt. Ich halte gerade die oppositionellen Neigungen mancher Wahlkreise für so lebhafte, daß deren Abgeordnete in ihren Wählern sicherlich eine Stütze finden müßten, falls sie einem entgegengesetzten Majoritätsbeschluß sich nicht fügen, und ihrerseits der Opposition sich anschließen würden. Ich glaube, daß in solchem Falle unsere Zusammengehörigkeit besonders nach Außen weit mehr kompromittirt wäre, als durch den ausgesprochenen Beschluß, die einmal bestehenden Richtungen gewähren zu lassen, und die Entscheidung über den Parteianschluß den einzelnen Abgeordneten anheimzustellen.

Ich kann mich natürlich nicht vermessen, meine Beurtheilung der Verhältnisse auch Ihnen aufzunöthigen. Aber ich bin der Meinung, daß es gar nicht nöthig und gar nicht rathsam ist, den naturgemäßen Prozeß eines Ausgleichs unserer heutigen Meinungsverschiedenheit künstlich meistern zu wollen. Ich bin daher gegen eine mechanische Entscheidung durch Majoritätsbeschluß. Und ich gelange zum Schluß: Es solle den zukünftigen Abgeordneten nicht verwehrt sein, nach ihrem Ermessen solchen Parteien sich anzuschließen, deren Tendenz auf eine Lockerung des Verbandes der Monarchie nicht gerichtet ist.

Allerdings wird man dann unsere Vereinigung eine politische Partei nicht mehr nennen können. Aber was thut denn der Name zur Sache. Ob als Partei, ob als eine Vereinigung unter anderem Namen, bleibt uns die gemeinsame Wirksamkeit auf dem Boden des Mediacher Programms, die gemeinsame Wirksamkeit zum Schutze und zur Pflege unserer heimischen Interessen und der Stammes-Individualität. Wenn sich das Bewußtsein hievon als ein so kräftiges nicht bewährt hätte, ich würde sagen, daß wir dann überhaupt nichts mehr zu beschließen hätten. Es würde uns nichts Anderes übrig bleiben, als einfach zu abdisiren und uns aufzulösen. Gerade dieses Bewußt-

sein aber hat sich als ein so kräftiges bewährt, daß sich mit Sicherheit darauf weiter aufbauen läßt. Ich bin überzeugt, daß die von diesem Boden entfaltete Wirksamkeit unserer Abgeordneten, auch wenn sie verschiedenen politischen Parteien angehören, der Wahrung unserer speziellen Interessen weit mehr Bürgschaft verspricht, als es die Stipulierung von Bedingungen jemals vermöchte.

Es wird nicht zu vermeiden sein, daß die einmal bestehende politische Meinungsverschiedenheit auch in einem solchen Verhältnis die Wirksamkeit der Abgeordneten einer gewissen Reibung aussetzen wird. Der Reibungskoeffizient wird aber sicherlich ein geringerer sein, wenn die Politik, so lange sie Gegenstand getheilter Meinung ist, von den Aufgaben unserer Gemeinschaft ausgeschlossen bleibt. Besitzen wir Männer, denen es mit der Förderung unserer heimischen Interessen eben solcher Ernst ist, als mit ihrer politischen Ueberzeugung, so werden sie umso mehr das Bedürfnis fühlen, sich auf diesem gemeinsamen Boden zusammen zu finden, je mehr ihre Parteistellung in den großen politischen Fragen sie auseinander führt. — Besäßen wir solche Männer nicht, dann würde auch eine mechanische Entscheidung durch gewaltsame Majorisirung nichts nützen. Das Resultat meiner Untersuchung würde ich daher zusammenfassen in den zwei Sätzen:

„Schutz und Pflege der Stammes-Individualität in der Gemeinschaft der Volksgenossen!“

„Unverdroffene Mitarbeit an der Festigung des Staates und der Monarchie, aber nicht in der Isolirung, sondern im Anschluß an die übrigen kulturellen Faktoren des Landes!“

Geehrte Freunde! Die stufenweise Entwicklung des Gegenstandes, die mich zu diesem Ende gelangen ließ, überhebt mich der weiteren Beweisführung.

Nach dem Motto: „Herr des ungesprochenen Wortes, sei Sklave des gegebenen“, sah ich mich in meiner bisherigen Stellung zu langem Schweigen verurtheilt. Umso mehr hielt ich es für meine Pflicht, dieses Wort nunmehr auszusprechen, nach dem Gebote: „Thue recht und scheue Niemanden!“

Geehrte Wähler!

Dieses ist der Vortrag, den ich in der Hermannstädter Versammlung gehalten habe. Sie ersehen daraus, daß es keine leidenschaftlichen, keine gewaltsamen Rathschläge sind, die ich erteilt habe. Vielmehr war der Zweck meiner ebenso freimüthigen als wahrheitsgetreuen Ausführungen darauf gerichtet, die Versammlung vor einseitigen und übereilten Beschlüssen zu warnen. Nicht ich war es, der vorhandene Gegensätze gewaltsam zu bezwingen beabsichtigte; vielmehr war ich bestrebt, im Angesichte der thatsächlich bestehenden politischen Gegensätze den Boden für eine gemeinsame volksthümliche Wirksamkeit uns zu erhalten. Aus diesem Grunde hatte ich großen Werth auf diese Verathungen gelegt. Auch die Behandlung, die meinen Rathschlägen dort zu Theil geworden ist, hat mich in meinen Anschauungen nicht erschüttert. Es ist mir in diesem Falle so ergangen, wie ich es auch sonst in meiner Abgeordneten-Laufbahn erfahren habe; was im Privatverkehr der Eine und der Andere und zwar hervorragende Freunde als richtig anerkennen mußte, fand in der geschlossenen Versammlung keine Unterstützung. Da meine Anschauungen und Gründe fast ohne Diskussion verworfen und öffentlich der Kezerei beschuldigt wurden, sehe ich mich doppelt veranlaßt, von dem Forum dieser geschlossenen Versammlung an die Publizität der Wählerkreise zu appelliren.

Das Wenige, was ich für Sie, geehrte Wähler, noch hinzuzufügen habe, beschränkt sich auf eine gedrängte Angabe der Gründe, die mich persönlich zur Wahl meiner heutigen politischen Stellungnahme genöthigt haben. Wie sich diese verbreitet und wie sie sich vollzogen hat zu jener Zeit, als im Gefolge der Ausgleichsverhandlung und der bedrohlichen äußeren Konstellation die Bewegung der Geister und der Leidenschaften am höchsten ging, habe ich in meinem Vortrage bereits ausgeführt. Dieselben beiden Gesichtspunkte bleiben aber auch für die nächste Zukunft die maßgebenden. Wir sehen, daß sie im Vordergrunde der über das Land verbreiteten Wahlbewegung stehen.

Auch finde ich es begreiflich, wenn die große Oppositionspartei sich an die nationalen Aspirationen wendet, um Anklagen und Argumente gegen die Regierungspartei daraus herzuholen. Ich finde es begreiflich, wenn die Opposition vom Standpunkt weit gehender Selbstständigkeits-Ansprüche, die in Wirklichkeit nicht gerechtfertigte Anklage der Preisgebung vaterländischer Interessen gegen die Regierungspartei erhebt. Ich finde es begreiflich, wenn sie, für die es leicht war in der Negation konsequent zu bleiben, die Regierungspartei der Inkonsequenz beschuldigt, wegen ihrer, im Laufe der Verhandlungen veränderte Stellungnahme. Wie aber alle diese Gesichtspunkte geeignet sein könnten, Sie, geehrte Wähler, gegen die Regierungspartei und für die Opposition einzunehmen, das würde mir nicht begreiflich sein. Denn Sie, die den Standpunkt gebilligt hatten, den ich bezüglich dieser Fragen in meinem letzten Wahlprogramm aufgestellt hatte, Sie müssen zugeben, daß diese weit mehr der Haltung der Regierungspartei, als den Aspirationen der Opposition entsprochen haben.

Ich finde es ferner erklärlich, daß die Opposition die eben im Zuge begriffene, aber in Budapest ebenso wie in Wien höchst unpopuläre Okkupation oder Akquisition von Bosnien aufgreift, um die Popularität der Regierungspartei zu erschüttern. Ich verkenne auch keineswegs das Gewicht der finanziellen Gründe, welche dieser Akquisition besonders für die Dauer der ersten Jahre entgegenstehen. Ich selbst habe mir diese Akquisition immer nur im Zusammenhang mit einer kräftigen Aktion zu Gunsten des bedrängten Rumänen gedacht. Ich war der Meinung, daß die Erwerbung des Hinterlandes von Dalmatien nothwendig einer Ergänzung bedürfe, durch die Kräftigung unseres Einflusses an der untern Donau, um die Monarchie für ihren Beruf im Oriente auszurüsten. Zur Beurtheilung ob ein solcher Erfolg für diesmal möglich war, ja selbst ob er nicht in der That angebahnt worden ist, dafür fehlen mir, wie jedem Privatmann, die verlässlichen Anhaltspunkte. Dagegen scheint mir auch nach dem beschränkten Einblick in die gegenseitige Stellung der Mächte, zu der der Berliner Kongreß Gelegenheit gab, eines außer Frage zu stehen. Die stürmische Kriegspolitik mit jener Richtung nach welcher die Opposition seit mehr als einem Jahre gedrängt hatte, würde den Staat und die Monarchie verhängnißvollen Verwicklungen ausgesetzt haben. Ich halte es für ein Glück und für ein Verdienst der äußern Leitung, daß es gelungen ist diese zu vermeiden.

Auch was sonst noch in den Wahlkampf hineinklingt aus den Reihen der Opposition, hat mich für diese nicht zu gewinnen vermocht. Die Mißlichkeit der wirthschaftlichen Verhältnisse bringt es mit sich, daß die darauf bezüglichen Schlagworte zu einem beliebten Röder für die öffentliche Meinung geworden sind. Auf mich können sie nur beschränkten Eindruck machen, wenn sie aus den Reihen einer Partei kommen, welche die Heilung dieser Verhältnisse damit beginnen wollte, das gesammte wirthschaftliche Leben der Monarchie durch ein Provisorium von unbestimmtem Ausgang in schwebender Lage zu erhalten. Meine Zweifel sind umso gerechtfertigter, wenn ich bedenke, daß in den Reihen dieser Opposition, Freihändler und Schutzzöllner, Vertreter für eine Gemeinsamkeit der Verzehrungssteuern, und Schwärmer für die Trennung des Zollgebietes bunt durcheinander gewürfelt sind. Für die Interessen unseres Bezirkes, für den Handel und Verkehr so sehr im Vordergrunde stehen, sind die wirthschaftlichen Gesichtspunkte von der größten Bedeutung. Wie können Sie aber darin Hilfe erwarten, von einer Oppositions-Partei, in welcher solche Gegensätze vereinigt sind? Sobald prinzipielle oder praktische Gründe vorhanden wären, ich würde niemals Anstand nehmen meinen Wählern den Anschluß an die Opposition zu empfehlen. Wenn es aber an solchen fehlt, wenn die Erfahrung vielmehr die Haltung der Regierungspartei rechtfertigt, ist es dann nicht umso gerathener sich dieser anzuschließen für einen Bezirk der so häufig Veranlassung hat die Unterstützung der Regierung durch Petitionen und Deputationen in Anspruch zu nehmen?

Ich will gerne zugeben, daß die Haltung der Opposition vom edlen Feuer patriotischer Begeisterung getragen wird. Aber selbst wenn die kühlere Berechnung der Regierungspartei nicht in Allem eingetroffen wäre, würde ich doch der nüchterneren Haltung die sie bestätigt hat, den Vorzug geben. Denn im Anlaufe der Begeisterung können große Ziele erreicht, ja selbst Staaten begründet werden. Behaupten und erhalten lassen sie sich nur mit nüchterner und besonnener Festigkeit. Ich habe gefunden, daß die Regierung und ihre Partei je länger, je mehr diesem Grundsatz Rechnung getragen. Ich habe gefunden, daß ihre Handlungsweise den reellen Existenz-Bedingungen des Staates und der Monarchie, daß sie auch den Rücksichten auf die Dynastie entsprochen hat, ein Gesichtspunkt dessen hervorragende Wichtigkeit Niemand unter Ihnen verkennen wird.

Daß es in diesem Wahlkampf an andern prinzipiellen Fragen fehlt, finde ich begreiflich. Der große Umbildungsprozeß, in welchem die Monarchie begriffen ist, von dem ich mit Zuversicht hoffe, daß er zu ihrer Verjüngung und Erstärkung führen werde, ist noch nicht so weit gediehen, daß er die Konturen der Zukunft deutlich erkennen ließe. Noch sind die Aspirationen der Volkselemente, deren Ansprüche durch diesen Prozeß Nahrung erhielten, zu lebhaft; noch sind die Befürchtungen derer, die zunächst dadurch gelitten haben, zu düstere, als daß eine Klärung der Meinungen bis noch möglich gewesen wäre. Unter solchen Umständen perhorreszire ich jeden gewaltsamen Eingriff gleichviel ob er sich mit radikalen oder scheinconservativen Argumenten ausschmücke. Ich bin davon durchdrungen, daß es keinen Weg gibt um dem Staate und der Monarchie in anderer Weise und besser zu dienen als durch unverdrossene Mitarbeit an der Befestigung und am Ausbaue des Bestehenden. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß diese Mitarbeit am erfolgreichsten möglich ist im Anschluß an die bestehenden Landesparteien. Meine Beurtheilung derselben nöthigt mich, Ihnen den Anschluß an die Regierungspartei zu empfehlen, denn ich erwarte mit Bestimmtheit, daß diese in den innern Fragen hinfort ebenso reellen Sinn bethätigen werde, als sie ihn in den großen Staatsaktionen bewiesen hat.

Geehrte Wähler! Wäre die Bewerbung um Ihre Gunst mein alleiniger leitender Gesichtspunkt, ich hätte wahrscheinlich anders sprechen müssen. Mein, wie ich annehmen darf, hinlänglich begründetes politisches Urtheil hat mir aber den Weg vorgeschrieben. Ich werde daher ein Mandat auch nur auf dieser Grundlage annehmen.

Zum Schluß habe ich noch eine Bitte an die geehrten Wähler nichtdeutscher Zunge! Ich muß Sie ersuchen, mich entschuldigen zu wollen, daß ich diesen in deutscher Sprache verfaßten Bericht wegen der vorgerückten Zeit nicht auch in die ungarische und romanische Sprache übersetzt habe. Ich muß Sie bitten, ihn deshalb nicht minder als auch an Ihre Adresse gerichtet anzusehen. Wohl wird es immer eine Reihe von Interessen geben, in denen wir nach Stammesgemeinschaften geschaart bleiben werden. Auch in diesem Berichte habe ich dieser Anschauung Ausdruck gegeben. Dabei verkenne ich aber nicht,

daß gerade die Ereignisse der letzten Jahre mehr als je an uns Alle, ohne Unterschied des Glaubens und der Sprache, die ernste Aufforderung richten, einträchtig zusammen zu wirken, zum Gedeihen und zur Kräftigung des gemeinsamen Vaterlandes, zum Schutz und zum Schirm der Krone.

Kronstadt, Juli 1878.

Emil von Trauschensfels.

